

Calmer Tagblatt

Nr. 222.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 25 Hg.,
Reklamen 60 Hg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 24. September 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 3.30 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Ort u. Nachbarortviertel RM. 3.60, im Fernverkehr RM. 3.00, Postgeld 30 Hg.

Zur äußeren Lage.

Die Auslieferungsforderung.

Brüssel, 23. Sept. (Havas-Neuter). „Libre Belgique“ veröffentlicht eine Depesche aus dem Haag, in der gesagt wird, daß die Nachricht von dem demnächst im Haag zu erwartenden Erreichen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers keine Überraschung verursacht habe. Die holländische Regierung werde auf das Erreichen des Obersten Rates mit einer höflichen aber formellen Weigerung antworten. Von gutunterrichteter Seite wird versichert, daß die associierten Mächte sogar mit einer Weigerung Hollands rechnen, um endgültig eine Frage aus der Welt zu schaffen, deren Lösung mit Schwierigkeiten verbunden sein dürfte.

Die Machenschaften der Franzosen in Birkenfeld.

Berlin, 24. Sept. Nach Rücksprache mit den Alliierten hat General Mangin amtlich mitgeteilt, daß die Republik Birkenfeld von ihrer Entstehung an anerkannt werde. Sie unterstelle sich dem Oberpräsidenten der Rheinlande als Vermittler für die besetzten Gebiete bis zur Lösung der Anschlussfrage. Eine oldenburgische Regierung gebe es in Birkenfeld nicht mehr.

Rumänien und Oesterreich.

Wien, 24. Sept. Bei einem Aufenthalt in Wien äußerte der rumänische bevollmächtigte Minister in Budapest, Dismant, gegenüber einem Vertreter der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ über die Beziehungen zwischen Rumänien und Oesterreich u. a.: Rumänien ist von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt, mit der Republik Oesterreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und ist gewillt, die wirtschaftliche Kollage des Landes mit allen Mitteln zu erleichtern. Was die politischen Beziehungen zwischen Rumänien und Oesterreich betrifft, so ist der Friedenszustand zwischen den beiden Staaten nach der Auffassung der rumänischen Regierung bereits eingetreten, obwohl Rumänien den Vertrag von Saint Germain noch nicht unterschrieben hat.

Polnischer Größenwahn.

Ueber die polnische Armee und ihre Aufgabe äußerte sich der Ministerpräsident Paderewski, der seit kurzen wieder in Paris weilt, um bei den Entscheidungen in den letzten Angelegenheiten und bei den Verhandlungen über die polnischen Obergrenzen zugegen zu sein, gegenüber einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“. Paderewski sagte: Europa muß wissen, daß es in Polen eine Armee, eine tapfere, disziplinierte Armee besitzt, die ungeduldig darauf wartet, zu kämpfen. Warum bedient man sich ihrer nicht? Man hat uns vorgeworfen, daß wir nicht an der Seite der Ententemächte am Kriege teilgenommen haben. Diejenigen, die derartige Vorwürfe erheben, wissen nicht, daß Polen zerrissen und unter drei Reiche geteilt war: Preußen, Rußland und Oesterreich. Polen ist selbst Kriegsschauplatz gewesen. Der Feind hat dort, wie auf allen Fronten, Ruinen auf Ruinen gehäuft. Polen indessen hat die Verbindung der holländischen Kräfte in der Ukraine mit denen in Ungarn verhindert. Polen steht mit einem Eifer und mit einer Begeisterung, die man in Frankreich nicht verdächtigen sollte (!), auch weiterhin seinen Kampf für die Zivilisation fort. Polen kämpft auf einer Front von 1000 Kilometern gegen den Bolschewismus. An Soldaten fehlt es nicht. Wir besitzen eine Armee von ungefähr 800 000 Mann und könnten dazu noch 400 000 andere einstellen. Aber diese Truppen, die ungeheuer viel Geld kosten würden, sind schlecht bewaffnet und schlecht ausgerüstet; sie gehen ohne Uniformen und mit nackten Füßen in den Kampf. Wenn man uns helfe, würde die Karte Europas bald anders aussehen.“ — Dieser Kampf würde sich nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern auch gegen Deutschland richten.

Die Italiener und die Finnefrage.

Bern, 23. Sept. Die gesamte italienische Presse steht unter dem Eindruck der Einberufung des Kronrates und der Verlegung der Kammer auf den 27. Sept. Ein Beweis für die Schwierigkeit der Lage wird darin erblickt, daß selbst bei der Kriegserklärung an Oesterreich die damalige Regierung von einer außerordentlichen Konstitutionsmaßnahme abgesehen hat. Die Gegner Nitis betonen, daß die Einberufung des Kronrates einen Versuch des Ministeriums bedeute, sich der Verantwortung für die unerträgliche innere und äußere Lage zu entziehen. Zu dem Kronrat sind eingeladen: Lujatti, Vojelli, Giolitti, Sonnino und Orlando, die Heeresleitung und sämtliche Aktionsführer, darunter Turatti, deren Teilnahme aber von der Zustimmung der dortigen Leitung der offiziellen Sozialdemokratie abhängt. Tittoni wird eine Darstellung der Lage geben und Unterstützung für die jetzt einzuschlagende Politik fordern. „Corriere della Sera“ meldet, daß Tittoni auf eine rasche Zustimmung zu den mit Frankreich und England getroffenen Abmachungen gehofft habe. Statt dessen hülle sich Wilson in Schweigen und überlasse es Italien, selbst eine Lösung für das schwierige Problem zu finden. — „Secolo“ dagegen behauptet,

daß die Antwort Wilsons bereits eingetroffen ist. Daß sie für Italien nicht günstig lautet, geht daraus hervor, daß das Blatt von der Wahrscheinlichkeit spricht, der Kronrat werde über die Lage diskutieren, in welche Italien gerät, wenn es sich unter Beiseiteziehung des Wilsonschen Votums für eine Annexion Fiumes erklärt. — „Avanti“ steht in der Einberufung des Kronrates einen letzten Versuch der Regierung, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Militärkräfte und dem Ruhebedürfnis des die Revolution fürchtenden Bürgertums zu finden.

Die amerikanische Friedensdelegation über Fiume.

Haag, 23. Sept. Aus Paris wird gemeldet: Die amerikanische Delegation erklärte, daß Wilsons Wünsche über Fiume darauf hinausgingen, daß ein Kompromiß nicht geschlossen werden dürfe, es sei denn, daß der Hafen internationalisiert werde. Falls die amerikanischen Delegierten jedoch über ein Zugeständnis in dieser Frage schon verhandelt hätten, würden sie wahrscheinlich den gleichen Standpunkt einnehmen wie Frankreich. Sie bekreuzten entschieden, daß Lloyd George und Clemenceau ihre Haltung geändert hätten, aber sie gestehen ein, daß es aus politischen Gründen leichter sei, die Schuld auf Wilson zu schieben. Wahrscheinlich werden weder England noch Frankreich zu einem Zugeständnis bereit sein, wenn der Hafen von Fiume nicht, wie Amerika es wünscht, internationalisiert wird. Die amerikanische Delegation befürchtet, daß, wenn d'Annunzio seine Drohung, den Hafen in die Luft zu sprengen, ausführe, die Süd-Slawen militärisch eingreifen werden. Damit würde dann eine Lage entstehen, die einen neuen Balkankrieg entfesseln könnte. Die amerikanische Delegation erklärt, daß d'Annunzios Staatsstreich keine endgültige Regelung der Fiumefrage bringen könnte, denn wenn Italien sich auf diese Weise Fiumes bemächtigen dürfe, so wäre diese Tatsache eine Aufforderung an Griechenland, sich Thrazien zu nehmen, an Deutschland, sich Danzig zurückzuführen und an Rumänien, Ungarn zu behalten.

Südslawische Unzufriedenheit.

Bern, 23. Sept. In den Mitteilungen eines hohen serbischen Diplomaten an das „Journal des Debats“ über die gegenwärtige Lage des südslawischen Staates bezeichnet derselbe den Artikel 51 des österreichischen Friedensvertrages als die heikelste Frage der gegenwärtigen serbischen Politik. Der Artikel bestimme für eine Minderheit von Italienern und Albanen Sonderausnahmen im südslawischen Staate, während hunderttausende von Südslawen der Gnade Italiens ausgeliefert werden. Diese Tatsache verglich er mit dem Versuche, die Dobrußja statt dem siegreichen Rumänien an das besiegte Bulgarien auszuliefern. Der Handreich d'Annunzios verdiente öffentliche Mißbilligung. Er bezeichnete Fiume als die Lunge, durch welche der südslawische Staat atmen müsse. Den Südslawen Fiume nehmen, hiesse sie erstickend.

Die Ententemachenschaften zwecks Zerstückelung Rußlands.

Amsterdam, 23. Sept. Auf eine Erklärung der Beziehungen der Entente zu Kollschal weist eine „Times“-Melbung aus Tokio hin, wonach man es für unvermeidlich ansieht, daß Sibirien in zwei große Staaten, einen westlichen und einen östlichen, geteilt wird. General Somonow soll anscheinend die Herrschaft über Ostsibirien erhalten. Die Entscheidung soll von Denikin abhängen. Der „Times“-Korrespondent fügt hinzu, es scheine festzustehen, daß man Kollschal den Laufpaß gebe. — Laut „Telegraaf“ nimmt Lloyd Georges Sprachrohr, der „Daily Chronicle“, in demselben Sinne zu der Frage Stellung und betont, es nähere sich die Zeit für eine Regelung der Beziehungen zwischen Denikin und Kollschal.

Frieden mit China.

Berlin, 23. Sept. Ein Erlass des Präsidenten von China vom 16. ds. Mts. hat die Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland angekündigt.

Der Widerstand gegen den Völkerbund in Amerika.

Paris, 23. Sept. Der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, daß kommende Woche im amerikanischen Senat eine erste Abstimmung über den Friedensvertrag erfolgen werde und zwar über den Zusatzantrag, der verlangt, daß die Vereinigten Staaten im Völkerbund die gleiche Stimmzahl erhalten sollen, wie das britische Weltreich. Dieser Antrag finde beim amerikanischen Volk stärksten Widerstand. Deshalb hoffe die Opposition, daß er angenommen werde und daß damit der Weg für weitere Abänderungen geebnet sei, sodas Wilson gezwungen sei, den Friedensvertrag zurückzugeben. — Der Berichterstatter teilt auch mit, daß General Pershing im Begriffe stehe, zu erklären, daß er gegen den Völkerbund sei und daß, wenn er diese Erklärung abgäbe, er ein erster Kandidat für die Präsidentschaft werden könne. Auch unter den aus

Frankreich zurückgekehrten Soldaten zirkulieren Petitionen, die sich gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages aussprechen. — Wir dürfen uns nicht täuschen lassen, es handelt sich hier nicht um eine Hilfe für Deutschland, sondern um inner- und außerpolitische Angelegenheiten, die uns bis jetzt verschleierte bleiben.

Verhandlungen über die „Völkerbunds“-Satzungen.

Amsterdam, 23. Sept. Der „Telegraaf“ meldet aus Haag, daß im Laufe des kommenden Monats in Brüssel eine Konferenz zur Verhandlung über gewünschte Verbesserungen an den Völkerbundsatzungen stattfinden werde, an der sich die Völkerbundsorganisationen der alliierten und der neutralen Länder beteiligen würden.

Wilson auf der Propagandareise für den Völkerbund.

Amsterdam, 23. Sept. Der Sonderberichterstatter der „Times“ meldet aus Los Angeles, daß Wilson jetzt die pazifische Küste wieder verlassen habe und seine Reise in östlicher Richtung fortsetze. Er lasse ein Gebiet hinter sich, das zum Völkerbund befehrt sei. Zahlreiche Freunde des oppositionellen Senators Johnson, der jetzt in Kalifornien sehr populär sei, hätten erklärt, daß sie jetzt die Ansicht Johnsons über den Völkerbund nicht mehr teilen.

Japans Anspruch als führende Macht im Osten.

Amsterdam, 23. Sept. Die „Times“ meldet aus Tokio, daß sich die japanische Presse über das Gerücht benarühige, daß Amerika Kamtschatka gepachtet habe, um dort eine beaklose Station zu errichten. Die Presse fordert die Bevölkerung auf, sich energisch für die Stellung Japans als führende Macht im Osten einzusetzen. — Die Halbinsel Kamtschatka ist der östlichste Ausläufer von Sibirien. Wenn die Amerikaner diesen Stützpunkt „gepachtet“ haben, dann haben sie mit den von Spanien geraubten Philippinen zusammen geeignete Plätze, um Japan von zwei Seiten zu bedrohen. Man sieht aber, die amerikanische Politik verfolgt die Schaffung von Stützpunkten um die ganze Welt, und zwar aus strategischen Gesichtspunkten heraus.

Ausland.

Die deutsche Sprache im tschechischen Heer.

Prag, 23. Sept. Wie die „Bohemia“ meldet, besteht der Plan, beim tschechischen Landesverteidigungsministerium eine deutsche Sektion einzurichten. Gleichzeitig wird verordnet werden, daß die Dienstsprache für die in Deutsch-Böhmen, Deutsch-Mähren und Schlesien zu errichtenden deutschen Truppenabteilungen bis zum Bataillonskommando aufwärts deutsch sein wird. — Das „Prager Tagblatt“ erzählt, daß deutsche Offiziere und Berufsunteroffiziere, die Staatsangehörige der Tschechoslowakei sind, in die tschechische Armee aufgenommen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie die tschechische Sprache beherrschen oder nicht.

Kommunistische Bewegung in Polen.

Berlin, 24. Sept. Unter der Ueberschrift „Umsturzgefahr in Polen“ teilt der „Vorwärts“ mit, daß die kommunistische Bewegung innerhalb der Reihen der polnischen Arbeiter Kongresspolens von Tag zu Tag zunehme. Wie weit russische Einflüsse dabei im Spiele seien, möge dahingestellt bleiben. Tatsache sei aber, daß polnische Führer der kommunistischen Bewegung vor kurzem erst aus dem Lenin'schen Rußland zurückgekehrt seien. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß im November die Arbeit der Agitatoren in organisierten Partisen ihre Auswirkung finden werde. Die Warschauer Regierung glaube ihrer Armee sicher zu sein. Diese Hoffnung könne allerdings auch eine trügerische werden.

Französische Propagandareise nach Amerika.

Paris, 23. Sept. Die Pariser Morgenpresse verbreitet eine Meldung der „New-York World“, der von ihrem Pariser Korrespondenten mitgeteilt wird, es sei wahrscheinlich, daß Clemenceau und Marshall Foch im Dezember Amerika einen Besuch abstatten werden.

Die Wiener Dokumente zum Kriegsausbruch.

Die Wiener Regierung hat aus dem österreichischen auswärtigen Amt unter dem Titel „das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“ Dokumente veröffentlicht, auf Grund deren wir über den formalen Anlaß des Weltkrieges wieder etwas mehr unterrichtet werden. Danach war der österreich-ungarische Ministerpräsident Tisza anfangs ein Gegner der scharfen Tonart gegen Serbien, er wurde aber von Graf Berchtold, dem Minister des Auswärtigen, überstimmt, der seinen Einfluß dahin geltend gemacht habe, daß Oesterreich-Ungarn auf die serbische Herausforderung hin aufs schärfste auftreten müsse, um seinen Einfluß auf dem Balkan aufrecht zu er-

Ämliche Bekanntmachungen.

Verfügung der Landeskartoffelstelle über den unmittelbaren Verkehr mit Herbizidkartoffeln zwischen Verbrauchern und Erzeugern.

Auf Grund des § 2 Absatz 3 der Verordnung des Bundesrates über die Kartoffelverfugung vom 18. Juli 1918 (Reichsgesetzbl. S. 738) und der §§ 12 und 15 der Verordnung des Bundesrats vom 25. September/4. November 1915 über die Erziehung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung (Reichsgesetzbl. S. 607 und 728) wird mit Ermächtigung des Ernährungsministeriums über den unmittelbaren Verkehr mit Herbizidkartoffeln der Ernte 1919 zwischen Verbrauchern und Erzeugern verschiedener Kommunalverbände Nachstehendes verfügt:

§ 1. Kommunalverbände sind die Amtskörperschaften (Oberamtsbezirke) und die Stadtgemeinde Stuttgart.

(1) Als Verbraucher im Sinne der gegenwärtigen Verfügung gelten die selbständigen Vorstände aller Privathaushaltungen, soweit sie versorgungsberechtigt sind, d. h. soweit sie ihren Bedarf an Speisekartoffeln für sich und die von ihnen zu versorgenden Personen durch eigene Erzeugung nicht oder nicht vollständig zu decken vermögen.

(2) Nicht als Verbraucher gelten an und für sich Verbrauchervereinigungen (z. B. Vereine, Bezugsvereine, Genossenschaften u. dergl.), die Vorstände und Leiter gewerblicher Betriebe (wie Bäckereien, Wirtschaften), Fremdenheime und Anstalten aller Art, z. B. Krankenhäuser, Speisehäuser, Erziehungsanstalten, soweit es sich um Deckung des Bedarfs des gewerblichen Betriebs oder der Anstalt handelt. Die Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, wird jedoch auf Antrag Verbrauchervereinigungen die unmittelbare Versorgung ihrer Mitglieder durch Sammelbezugscheine ermöglichen und den Anstalten der genannten Art (nicht auch den gewerblichen Betrieben) die den Vorständen der Privathaushaltungen zugehenden Bezugsrechte einräumen. Anträge hierauf sind durch Vermittlung der Gemeindebehörde und des Kommunalverbands bei der Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, einzureichen.

(3) Als Erzeuger im Sinne der Verfügung gelten diejenigen Besitzer von Kartoffelgrundstücken, deren Erzeugung über den zur Selbstversorgung erforderlichen Bedarf hinausgeht.

(4) Die Entscheidungen der Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, im Sinne der Absätze 1 bis 3 sind endgültig.

Die Kartoffelmarke.

§ 3. (1) Für jeden Versorgungsberechtigten, einzelner ob er die Kartoffeln unmittelbar vom Erzeuger oder durch Vermittlung der Gemeinde beziehen will, haben zunächst die Kommunalverbände alsbald für die Zeit vom 15. September 1919 bis 17. Juli 1920 (14 Wochen) Kartoffelmarken in der Höhe von zusammen 2½ Zentnern auf den Kopf mit Hilfe der Gemeinden auszugeben oder Haushaltungslisten anzulegen, aus denen die Zahl der versorgungsberechtigten Personen jedes Haushalts und die jedem Haushalt unter Zugrundelegung von 2½ Zentnern für die Person zukommende Kartoffelmenge ersichtlich sein muß.

(2) Die Kommunalverbände sind berechtigt die Durchführung dieser Bestimmung den Gemeinden zu übertragen; Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern können die Übertragung verlangen.

(3) Solange die Vorschriften des Abs. 1 nicht durchgeführt sind, dürfen Bezugscheinvordrucke (§ 4) nicht ausgegeben werden.

Der Bezugschein.

§ 4. (1) Der Verbraucher, der den Speisekartoffelbedarf seiner Haushaltung für die Zeit vom 15. September 1919 bis 17. Juli 1920 unmittelbar von einem Erzeuger eines auswärtigen Kommunalverbands (Bezug innerhalb desselben Kommunalverbands siehe unten § 15) beziehen will, erhält auf Ansuchen von der von der Gemeindebehörde seines Wohnorts zu bestimmenden Stelle einen Bezugscheinvordruck in dreifacher Ausfertigung (A, B und C) ausgefolgt. Die Gemeindebehörde macht bekannt, von welchem Tag ab und wo die Bezugscheinvordrucke abgeholt werden können.

(2) Bei Abholung eines Bezugscheinvordruckes hat der Verbraucher zur Deckung der Verwaltungskosten der Landeskartoffelstelle eine Gebühr von 30 Pfennig zu entrichten. Die Kommunalverbände oder Gemeinden sind berechtigt, zur Deckung der ihnen durch die Beschaffung der Bezugscheinvordrucke und sonstige Aufwendungen erwachsenden Auslagen einen Zuschlag von 10 Pfennig zu erheben.

§ 5. (1) Der Antrag auf Zulassung des unmittelbaren Bezugs von Kartoffeln muß durch Einreichung des aus-

gegebenen Bezugscheins spätestens bis 18. Oktober 1919 gestellt werden. Später einkommende Anträge können wegen der Notwendigkeit der endgültigen Feststellung der Lieferungspläne der Kommunalverbände nicht berücksichtigt werden.

(2) Der Verbraucher muß sich vor der Einreichung des ausgefüllten Bezugscheins davon Überzeugung verschaffen, daß der von ihm benannte Kartoffelerzeuger bereit ist, ihm die bestellte Menge zu liefern, da die behördliche Entgegennahme und Abstempelung des ausgefüllten Bezugscheins keine Lieferungsverpflichtung für den Erzeuger begründet.

§ 6. (1) Der Verbraucher hat alle drei Ausfertigungen durch Eintragung der Zahl der in seinem Haushalt voll versorgten Personen, seiner Wohnung, des Namens und Wohnorts des Kartoffelerzeugers, von dem er die Ware beziehen will, und der gewünschten Menge auszufüllen und von der Gemeinde bestimmten Stelle unter Anschluß von Kartoffelmarken, deren gesamter Bezugswert der von ihm gewünschten Kartoffelmenge entspricht, zurückzugeben. Sind an Stelle der Kartoffelmarken in der Gemeinde des Wohnorts des Verbrauchers Haushaltungslisten eingeführt, so hat die mit der Führung der Listen beauftragte Stelle die in dem Bezugschein angegebene Kartoffelmenge in die Liste einzutragen.

(2) Die Gemeindebehörde des Wohnorts des Kartoffelerzeugers hat die bei ihr einkommenden Bezugscheine, Ausfertigung A, zu sammeln und in ein Verzeichnis einzutragen, für das die Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, einen Vordruck ausgiebt.

§ 7. Die Gemeindebehörde des Antragstellers hat nachzuprüfen und auf den drei Ausfertigungen des Bezugscheins festzustellen, ob die von dem Verbraucher gewünschte Kartoffelmenge die zur Deckung seines Haushaltsbedarfs zureichende Höchstmenge mit 2½ Zentnern auf den Kopf nicht übersteigt. Zu hohe Anforderungen sind auf diese Menge zu kürzen. Werden die Angaben richtig befunden oder sind sie richtig gestellt, so sind die Ausfertigungen des Bezugscheins nach entsprechender Beurkundung von der Gemeindebehörde oder der von ihr bestimmten Stelle abzustempeln, worauf die Ausfertigung A der Gemeindebehörde des Wohnorts des darin angegebenen Kartoffelerzeugers, die Ausfertigung B der Landeskartoffelstelle, Geschäftsabteilung in Stuttgart, Calwerstraße 10, zugehändigt, die Ausfertigung C dem Verbraucher zurückgegeben wird, der sie dem Kartoffelerzeuger zustellt.

§ 8. Der Verbraucher ist nicht genötigt, die ganze nach § 7 zulässige Menge durch Bezugschein zu erwerben. Bestellt er weniger, als ihm nach der Kopfzahl der zu seinem Haushalt gehörigen Personen zukommt, so hat er für den Rest Anspruch auf Versorgung durch seinen Kommunalverband. Der Verbraucher ist auch berechtigt, mehrere auf verschiedene Erzeuger mit verschiedenem Wohnort lautende Bezugscheine einzureichen, doch darf der ihm nach § 7 zukommende Gesamtanspruch nicht überschritten werden.

§ 9. (1) Erhält der Verbraucher auf den Bezugschein nicht die ganze Kartoffelmenge auf die dieser lautet, so hat er der Gemeindebehörde seines Wohnorts binnen drei Tagen nach dem Empfang der Kartoffellieferung den Frachtbrief, oder wenn die Beförderung durch Landfuhrwerk erfolgt ist, den den Ausfall bezeugenden Bezugschein Ausfertigung C vorzulegen, widrigenfalls die ganze Menge als geliefert gilt, also ein Anspruch auf öffentliche Versorgung nicht eintritt. Von der Minderlieferung hat die Gemeindebehörde des Wohnorts des Verbrauchers der Landeskartoffelstelle, Geschäftsabteilung, unter Angabe der Lieferungsgegenstände Anzeige zu machen und zwar auch dann, wenn für den Ausfall ein weiterer, auf einen anderen Erzeuger lautender Bezugschein (Ausfertigung A, B und C) verlangt wird.

(2) Wird auf den Bezugschein überhaupt nicht geliefert, so hat der Verbraucher der Gemeindebehörde seines Wohnorts spätestens bis zum 5. Dezember d. J. den amtlichen Nachweis hierfür zu erbringen, widrigenfalls der Bezugschein als erfüllt gilt. Im übrigen ist nach Abs. 1 Satz 2 zu verfahren.

§ 10. Beschränkung für den Bezugscheinvorkehr. Erzeuger mit einer Herbizidkartoffelanbaufläche von mindestens 1 Hektar dürfen nicht mehr als die Hälfte ihres Ernteertrags auf Bezugscheine abgeben. Die Gemeindebehörden sind verpflichtet, hiervon den beteiligten Kartoffelerzeugern unter Hinweis auf die Strafbestimmung in § 17 Eröffnung zu machen.

§ 11. Der Versand von Kartoffeln auf Bezugscheine ist bis 30. November 1919 zulässig.

§ 12. Der von der Gemeindebehörde des Verbrauchers abgestempelte Bezugschein Ausfertigung C gewährt die Befugnis, die darin angegebene Kartoffelmenge aus dem Kommunal-

verband des Erzeugers durch Eisenbahntransport auszuführen. Der Bezugschein ist dem Frachtbrief anzuschließen und wird von der Versandstation mit einer gleichzeitigen Bescheinigung über die Uebereinstimmung der Gewichtsanzeige im Bezugschein und Frachtbrief abgestempelt. Der Versand bemerkt auf der Ausfertigung C des Bezugscheins Bedarf beim Bahntransport keiner Beurkundung durch das Sachtheßenamt des Erzeugers, anders beim Landverkehr (siehe § 13).

§ 13. Soll die Beförderung mit Landfuhrwerk erfolgen, so hat der Kartoffelerzeuger zuvor von der Gemeindebehörde seines Wohnorts auf dem Bezugschein Ausfertigung C die Versandmenge bestätigen und den Tag der Beförderung eintragen zu lassen. Wenn die zur Lieferung gelangende Menge geringer ist als die im Bezugschein angegebene, so ist der Ausfall von dem Sachtheßenamt des Erzeugers zu bescheinigen. Das gleiche gilt, wenn die Kartoffeln mit Fuhrwerk zur Versandstation gebracht werden und die Beförderung außerhalb des Kommunalverbands liegt, zu dem die Gemeinde des Erzeugers gehört. Die Einträge haben mit Tinte zu erfolgen und sind mit der Unterschrift des zuständigen Beamten und dem Amtsstempel zu versehen. Der Bezugschein gilt nur mit diesem Vermerk und nur für den eingetragenen Tag als Ausfuhrerlaubnis und ist von dem Frachtführer während der ganzen Dauer der Beförderung mitzuführen.

§ 14. (1) Der für Kartoffellieferungen an den Kommunalverband geltende Erzeugerhöchstpreis ist für den unmittelbaren Verkehr zwischen Verbraucher und Erzeuger maßgebend, wenn die gelieferte Menge mehr als 20 Zentner ausmacht. Für geringere Mengen kann der Kleinhandelspreis angeprochen werden.

(2) Die Preise gelten für die Lieferung ohne Sad und bei Barzahlung beim Empfang und schließen die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle, bei Wassertransport bis zur nächsten Verladestelle des Schiffs oder Rahns und die Kosten der Verladung ein.

(3) Die Vergütung für Beförderung mit Landfuhrwerk bis in den Wohnort des Verbrauchers wird im Instanzfall von dem Oberamt des Ausführungskommunalverbands festgesetzt; dabei ist die dem Erzeuger an sich obliegende Verpflichtung, die Kartoffeln zur nächsten Verladestelle ohne besondere Vergütung zu befördern, angemessen zu berücksichtigen. Gegen den oberamtlichen Bescheid ist binnen einer Ausschlußfrist von 8 Tagen Beschwerde an die Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, zulässig, deren Entscheidung endgültig ist.

(4) Als Entschädigung für gelieferte Säcke kann für eine mäßige Benützung ein Betrag von 40 Pf für das Stück in Rechnung gebracht werden. Ueberschreitet die Benützungsdauer eine Woche, so erhöht sich die Gebühr für jede angefangene weitere Woche um 50 Pf für den Sad. Eine weitere Entschädigung von 20 Pf den Zentner kann vom Erzeuger für die Verbringung der Ware in den Keller oder sonstigen Aufbewahrungsraum des Verbrauchers angeprochen werden.

Unmittelbarer Verkehr innerhalb des Oberamtsbezirks.

§ 15. Der unmittelbare Verkehr mit Kartoffeln zwischen Verbrauchern und Erzeugern desselben Oberamtsbezirks ist von den Kommunalverbänden nach den vorstehenden Grundregeln zuzulassen. Die Oberämter haben die von ihnen zur Regelung des Verkehrs erlassenen Bestimmungen der Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, zur Genehmigung vorzulegen.

Ausnahmen.

§ 16. Die Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, kann Ausnahmen oder sonstige Abweichungen von den Vorschriften dieser Verfügung und der darauf begründeten Anordnungen zulassen.

Strafbestimmungen.

§ 17. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verfügung werden auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. Novbr. 1915 bzw. des § 18 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht für vorläufigen Bedarf bestimmt sind.

Die Sachtheßenämter werden mit der Durchführung vorstehender Verfügungen beauftragt.

Von der Ausgabe von Kartoffelmarken wird Umgang genommen, es wollen deshalb Haushaltungslisten gemäß § 3 der Verfügung angelegt werden.

Bezugscheinvordrucke können auf Rechnung der Gemeinde von der Buchdruckerei des Georg Esig in Calw bezogen werden, Calw, den 19. September 1919.

Oberamt: Ammann Reich A. B.

halten. Graf Berchtold vertrat die ungarische Politik, die sich gegen die rumänischen und serbischen Ambitionen auf ungarisches Gebiet richtete. Da man in Wien aber wußte, daß die deutsche Regierung einen Konflikt, der in anbetragt der Haltung Russlands den Weltkrieg bedeutete, nicht wünschte, so wurde der Beschluß des Wiener Ministeriums vom 7. Juli, ein Ultimatum an Serbien zu richten, das in seiner unannehmbaren Fassung eigentlich schon den Krieg bedeutet hatte, geheim gehalten, der Berliner Regierung erst am 23. Juli mitgeteilt, weil Graf Berchtold ausdrücklich dem österreichischen Botschafter in Berlin befohlen hatte, die deutsche Regierung dürfe von dem österreichischen Schritt auch nicht früher erfahren, als die anderen europäischen Mächte. Die Behauptung der Entente also, daß Deutschland der treibende Faktor gewesen sei, der in Wien die scharfe Tonart verlangt habe, ist durch diese Dokumente widerlegt. Wenn während des Krieges die deutsche Regierung keine Veranlassung genommen hat, durch Veröffentlichung der Tatsachen die in diesem Sinne arbeitende Entente-propaganda zu entkräften, so ist das begründlich; daß man aber nach der Revolution nicht sofort die damaligen Vorgänge veröffentlicht hat, können wir nicht begreifen. Man hat zuzug die deutschen Sozialisten in Wien und die deutschen Pazifisten bei jeder Gelegenheit die Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges bekennen lassen, ohne eine Aufklärung, die man hätte leicht geben können, für nötig zu halten.

Und für sich aber wird auch diese Veröffentlichung der Dokumente uns ebenfalls nur schaden, denn die Entente wird aus dieser Darstellung nur den Schluß ziehen, daß also tatsächlich die Zentralmächte, ob Österreich-Ungarn oder Deutschland ist ganz egal, verantwortlich für den Ausbruch des Krieges sind. Ihre Wüter werden in diesem Sinne bearbeitet werden, und sie werden es denn auch für durchaus berechtigt finden, daß wir dafür streng bestraft und zur Sklaverei verdammt werden. Schon erhebt die Entente-Propaganda ihre Triumphgeschrei, und der oberste Rat der Alliierten will das gesamte in Berlin und Wien liegende Aktenmaterial haben. Graf Berchtold soll vor den Entente-gerichtshof gezogen werden. Man

hätte sich bei einigermaßen politischem Instinkt in Wien sagen sollen, daß diese Veröffentlichungen weder für Deutsch-Oesterreich noch für Deutschland einen praktischen Wert haben werden, denn daß solche Feststellungen die Alliierten etwa davon abhalten könnten, ihre Vernichtungspläne dem Deutschland gegenüber aufzugeben, so viel Naivität wird selbst der neuzeitliche Diplomat nicht mehr aufbringen. Erstauslich ist nur, daß der größte Teil der deutschen Presse den Fehler nicht einmal fühlt, denn mit Feuereifer hat man sich auf das Material gestürzt, und nun hartnäckig den Kriegswillen Wiens bewiesen. Die Entente-diplomatie aber bekommt Vauchweil vor Lachen ob der deutschen Arbeitsfreudigkeit für Ententezwecke. Die Entente-Propaganda braucht nur bestimmte Artikel der deutschen Presse abzufragen, um ihren Völkern den klaren Beweis für die Schuld der Zentralmächte am Ausbruch des Krieges zu erbringen, denn das wird man den Entente-völkern niemals beibringen können, daß Deutschland nicht auf Österreich-Ungarn einzuwirken vermocht hätte, wenn es ernstlich den Willen dazu gehabt hätte. Und tatsächlich war es auch ein unverantwortlicher Leichtsinns seitens der deutschen Regierung, daß sie angesichts des zu befürchtenden Weltkonflikts die diplomatische Führung völlig der Wiener Regierung überlassen hätte, und keine Anstalt traf, Österreich-Ungarn davor zu warnen, in die von der Entente meisterrichtete Falle zu gehen. Denn das ist für jeden, der die politischen und militärischen Ereignisse der Vorkriegszeit betrachtet, und der nicht in dem einseitigen formalistischen Denken besangen ist, das uns Deutschen zufolge unserer Erziehung in Fleisch und Blut übergegangen ist, klar, daß der Mord von Sarajevo von offizieller serbischer Seite nur deshalb begangen worden ist, weil man der russischen Hilfe sicher war. Und Rußland, das schon im Frühjahr 1914 beinahe 2 Millionen Mann mobilisiert hatte, war ebenfalls der französischen Unterstützung sicher, und beide Entente-mächte wiederum der Hilfe Englands. Man denke an die Marokkoaffären, bei denen England ohne eigenes Interesse Frankreich leblich unterstützt hatte, um Deutschland zu demütigen, man denke an die italienische Freundschaft mit Rußland und weiterhin mit England und Frankreich, die den

Zweck verfolgte, die Genehmigung zum Tripolis-Krieg zu erhalten, man denke an den russisch-englischen Vertrag über Persien, der doch von England nur geschlossen wurde, um Rußland gegen Deutschland zu gewinnen, man denke endlich an die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich 1913, an die Besprechungen der englischen Militärs mit dem Chef des belgischen Generalstabs über eine Landung englischer Truppen in Belgien und was hier auch nicht unermüdet bleiben soll, an die Zusammensetzung der gesamten Hochseeflotte Englands in der Nordsee im Frühjahr 1914. Es dürfte also naheliegen, daß nach dem Tripolis- und Balkankrieg der große Krieg gegen die Zentralmächte geplant war, die allein die von der Entente beschlossene Teilung der Türkei nicht billigten. Daß dabei Frankreich noch Elsaß-Lothringen, Italien österröschische Gebiete und Albanien begehrte, wurde von England nur dazu benützt, diese Bundesgenossen noch mehr für seinen Hauptplan der Vernichtung Deutschlands zu gewinnen.

Deutschland.

Die Friedensbestrebungen im August 1918.

Berlin, 23. Sept. In der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt der frühere Chef des Zivilkabinetts von Berg über die Besprechung am 13. 8. 18 und den Kronrat vom 14. 8. 18 zusammenfassend: Es herrschte Uebereinstimmung, daß auf Grund der von Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff festgestellten militärischen Lage und auf Grund der inneren und äußeren politischen Lage, wie sie sich in den Augen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Außeren darstellte, durch die neutrale Macht Holland eine Friedensbesprechung mit dem Feinde angebahnt werden sollte. Die Kriegsziele, an denen noch festgehalten werden sollte, wurden nicht im einzelnen besprochen; es war aber aus dem Tone der Aussprache klar, daß man auf Erfüllung bisher begheger Hoffnungen nicht mehr rechnete, sondern daß der Staatssekretär in der Hauptsache freie Hand haben sollte. — Generalfeldmarschall v. Hindenburg äußert sich über

Transport...
Anzahl...
Verfahren...
Kommun...
Sach und...
Kosten der...
erung mit...
Verbrauch...
Kommun...
sich oblie...
Ladefelle...
berücksich...
mer Aus...
Hoffstelle...
endgültig...
kann für...
Stück in...
erhöhung...
angehang...
weitere...
Erzeuger...
sonstigen...
Auf...
werden.
ab des
offen zwis...
Obera...
den vor...
die von...
Entscheid...
Genehmig...
ungsabteil...
von den...
anderen...
nungen die...
des § 18...
fängnis...
Mark...
fe können...
ht, ein...
ren oder...
führung...
Umgang...
gemäß § 3...
der Gemein...
mögen...
eich A. B.
erhalten, man...
ber doch...
Deutschland...
er dreijähr...
der engl...
über eine...
auch nicht...
anten Hoch...
Es dürfte...
ieg der große...
in die von...
n. Daß dabei...
Gebiete und...
ht, diese...
hlung...
O. S.

die gleichen Vorgänge und sagt dabei u. a.: Ich hatte damals gegen die Ausführungen des Herrn von Hünke nichts einzuwenden. Hieraus folgt für mich, daß bei beiden Sitzungen volle Einigkeit unter den politischen und militärischen Stellen herrschte und daß sich die Erörterung beim Kabinet genau in denselben Gedankengängen bewegte, wie bei der Besprechung vom 13. 8. Ich hebe noch besonders hervor: wir waren uns völlig bewußt, daß jetzt der Krieg mit diplomatischen Mitteln zu Ende zu bringen wäre. — Also da war sich die Heeresleitung bewußt, daß der Krieg mit diplomatischen Mitteln zu Ende zu bringen wäre. Dieses indirekte Geständnis bestätigt unsere Auffassung, daß die militärischen Stellen erst beim beginnenden Zusammenbruch für Verrückung der Kriegsziele waren, und da war es natürlich zu spät.

Der letzte Nerv muß angepannt werden.

Berlin, 24. Sept. Reichstagspräsident Fehrenbach sprach sich auf dem Katholikentag in Freiburg auch über die Männer aus, die jetzt an leitender Stelle stehen. Es müsse ihnen das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt und bestrebt seien, uns über die Zeit des Elends hinwegzuführen. Wenn wir über den nächsten Winter gut hinwegkämen, glaube er, daß unser Vaterland gerettet sei. Das ganze Volk müsse sich klar sein, daß jetzt der letzte Nerv angepannt werden müsse.

Noch kein Metallarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 24. Sept. Der in Berlin geplante Generalstreik der Metallarbeiter ist bis heute nicht zustande gekommen. In keinem der großen Betriebe waren gestern wirkliche Bestimmungen über den eventuellen Streik vorgenommen worden. Wie es heißt, sollen diese erst in den nächsten Tagen stattfinden. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, ist man nicht nur in den rechtssozialistischen, sondern auch in unabhängigen Kreisen nicht mehr unbedingt geneigt, sich willenlos in den Streik hineintreiben zu lassen.

Landarbeiterstreik.

Berlin, 24. Sept. Im Kreise Ederförde ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, der über 500 Güter erfasst hat. Die Streikenden weigern sich, Vollstandsarbeiten zu verrichten und nur dadurch, daß die Bauern der umliegenden Dörfer die Fütterung und das Melken der Kühe besorgen, ist die Velleferung von Mehl mit Milch möglich.

Seemannsstreik in Bremen und Hamburg.

Berlin, 23. Sept. Nach Bremer und Hamburger Meldungen der „N. Z.“ zieht der Bremer Seemannsstreik immer weitere Kreise. Außer den Hamburger Seeleuten haben heute auch die Seeleute der anderen Nordseehäfen mit dem Sympathiestreik begonnen. In Hamburg sollen sich auch die Mannschaften der Fischereidampfer mit den Ausständigen solidarisch erklärt haben.

Schulstreik in München gegen die Simultanschule.

Berlin, 24. Sept. Der Schulstreik in München ist, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, immer noch nicht beendet. Die Verhandlungen zwischen dem Stadtrat und den Kommissionen der katholischen Elternvereinigungen wegen der Simultanisierung bestimmter Schulen dauern auf der Grundlage der neuen Vermittlungsvorschläge noch an. Am Donnerstag soll eine Entscheidung getroffen werden. Bis dahin nehmen die Schüler der betreffenden Schulen an dem Unterricht nicht teil.

Winterfahrplan.

Die Generaldirektion der Staatsbahnen teilt mit: Im besetzten Gebiet wird nach Anordnung des alliierten Oberkommandos in der Nacht vom Samstag, 4. auf Sonntag 5. Oktober ds. Js. die Sommerzeit aufgehoben und die westeuropäische Zeit eingeführt, wodurch zwischen besetztem und unbefetztem Gebiet ein Zeitunterschied von einer Stunde entsteht. Zur Vermeidung doppelten Fahrplanmaterials und der Verschlechterung der Verbindungen mit dem besetzten Gebiet durch Verlust von Anschlüssen wird auf den preuß., bad., und württembergischen Bahnen der Winterfahrplan erst am 5. Oktober eingeführt. Bis zu dieser Zeit bleibt der gegenwärtige Fahrplan in Kraft. Für die bayer. Staatsbahnen rechts des Rheines bleibt der zur Zeit gültige Personenzugfahrplan auch ab 5. Oktober noch bis auf weiteres bestehen.

Die Einkommensteuer.

Die Einkommensteuerzettel sind in Ausgabe. Die Steuerpflichtigen werden große Augen machen, denn die diesmalige Erhöhung zeigt schon bei kleinen Einkommen ein, wirkt bei mittleren Einkommen schon stark und bei großen Einkommen ganz gehörig. Während 2000 Mark Einkommen 1918 mit 22.05 Mk. staatlicher und 10.50 Mk. gemeindlicher Einkommensteuer belastet wurden, beträgt die staatliche Steuer heuer 31.50 Mk., die gemeindliche 26.25 Mk. Da die Einkommen infolge der Teuerung bei den Arbeitern sehr in die Höhe gegangen sind, wird die Steuerleistung für diese Klasse entsprechend hoch. Arbeiter mit 5000 Mk. früherem Einkommen, Unterbeamte, Angestellte, die 50—100 Proz. Lohn- und Gehaltssteigerung erfahren haben, und bisher 68.20 Mk. Einkommensteuer zahlten, müssen heuer bei 6000 Mk. Einkommen 546 Mk. Einkommensteuer zahlen. Das ist mehr als das mittelalterliche Joch. Das Jahr ist zur Hälfte vorbei. Rücklagen für Steuern werden wohl kaum gemacht worden sein. So verteilt sich die Steuer auf das nächste halbe Jahr, höchstens, da die letzte Rate auf 1. März 1920 fällig ist, auf 8 Monate, das sind beinahe 70 Mark Steuer auf den Monat bei 500 Mark Einkommen im Monat. Es wird eine solche Leistung recht hart empfunden werden.

Jede wichtige Beifrage
wird im Calwer Tagblatt
ausführlich behandelt.

Ruhr und Typhus in Pforzheim.

Der Polizeibericht von Gmünd meldet: In den letzten Tagen sind hier einige Fälle von Ruhr, zum Teil mit tödlichem Ausgang, vorgekommen. Es ist anzunehmen, daß die Uebertragung der Krankheit durch Besuch in oder von Pforzheim herrührt. Bei Reisen nach Pforzheim und bei der Annahme von Besuchen dorthin ist Vorsicht zu empfehlen. Auch ein Erkrankungsfall an Typhus wurde hierher übertragen. Die erforderlichen Maßnahmen, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhüten, sind sofort ergriffen worden.

Landtag.

Stuttgart, 23. Sept. Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident Reil mit, daß der Abg. Eßas (DdP.) auf das durch den Tod des Abg. Kaiser erledigte Mandat verzichtet hat, wogegen Oberbürgermeister Möhler-Gmünd, der Nachfolger des Abg. Hepp, in den Landtag eintritt. Das Haus beriet zunächst den ersten Artikel des Jugendfürsorgegesetzes. Dabei erklärten die Redner sämtlicher Fraktionen sich mit dem Entwurf einverstanden. Während jedoch die Abgg. von Mühlberger (D. b. P.), Dr. Baur (Z.) und Wurm (D. P.) ihre Bedenken über die zu rasche Verabschiedung des Gesetzes äußerten, trat mit aller Energie der geistige Vater des Gesetzesentwurfes, Minister des Innern Dr. Lindemann, auch für die dritte alsbaldige Beratung des Entwurfs ein, schon im Interesse unserer Jugend. Auch sein Fraktionskollege Fischer legte großen Wert auf die rasche Erledigung. Nach Genehmigung dieses Artikels wurde die Beratung hierüber abgebrochen und die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes

Umtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Einzelmänner wurde heute neu eingetragen: die Firma Max Schröder, Optische Werke in Hirsau, Inhaber: Max Schröder, Fabrikant in Rathenow.
Den 22. September 1919.
Amtsrichter Botteler.

Kommunalverband Calw.

Lebensmittelverteilung.

Auf Bezugsmarke Nr. 15 kommen pro Person zur Verteilung:
a) Haferflocken, 125 Gr. zu 38 Pfg. das 1/2 Pfd.-Paket,
b) Reis, 100 Gramm, zu Mk. 2.— das Pfund.
Die Einlösungfrist für die Bezugsmarke ist am 5. Oktober 1919 beendet.
Calw, den 23. September 1919.
Amtmann Reich, A. B.

Stadtschultheißenamt Calw.

Gemäß der oberamtlichen Bekanntmachung vom 19. September 1919, Calwer Tagblatt Nr. 218 werden die **fäunigen Geflügelhalter** letztmals aufgefordert ihrer **Eierablieferungspflicht b. spätestens 10. Oktober 1919 nachzukommen**, widrigenfalls sie Bestrafung zu gewärtigen haben.
Calw, den 23. September 1919.
Stadtschultheißenamt: J. B. Sekr. Herrmann.

Kirchliche Umlagen.

Die rückständigen Kirchensteuern vom Jahr 1918 sollten, da die Kirchenpflegerechnung abgeschlossen werden muß, im September noch bezahlt werden. Bei denjenigen, welche bis 1. Oktober nicht bezahlt haben, müßte der Betrag durch den Kassenboten eingezogen werden.

Evang. Kirchengemeinderat.

<h4>Saararbeiten</h4> <p>fertig, rasch und billig J. Obermatt, Friseur-Meister, Calw.</p>	<h4>Früh gebranntes Kaffee</h4> <p>empfehlen Karl Serva.</p>
<h4>Cigaretten,</h4> <p>deutsche, rein orient. Tabak von 200 Mk. bis 274 Mk., engl. und amerikanische, nur erstkl. Marken zu 290 Mk. versendet nicht unter 1 Mk. gegen Nachnahme. E. Helmayer, Frankfurt a. M., Bornheimerland-Straße 56.</p>	<h4>Pfälzer-Zwiebel,</h4> <p>1a. lagerfähige per Zentner 30 Mk. mit Sach, empfiehlt Otto Jung, Landesprodukte.</p>
<h4>Geld</h4> <p>verleihen an sichere Leute monatl. Rückzahlung H. Blume & Co., Hamburg 5</p>	<h4>Sopha</h4> <p>neu, hat abzugeben. Otto Breitling, Sattler und Tapeziergeschäft, Göttingen.</p>

über die Veränderungen zur Verfassungsurkunde erledigt. Es entspann sich eine längere Debatte um den von Bazille (D. P.) eingebrachten Antrag, wonach der Staatspräsident vom ganzen Volk gewählt werden und jeder Deutsche wählbar sein soll, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Die Sprecher aller Fraktionen samt dem Minister Dr. Lindemann äußerten sich ablehnend zu dem Antrag, zu dessen Begründung der Antragsteller die Nachteile der parlamentarischen Regierung anführte, als da sind: Mangel an Energie, Abneigung gegen jeden Zwang den Industriearbeitern gegenüber und Korruption der Beamtenschaft. Der Antrag Bazille wurde jedoch abgelehnt, nur für den ersten Teil dieses Antrags stimmte auch die U. S. P. Der Abg. Bazille brachte außerdem schwere Bedenken vor, die sich an das von der neuen Regierung den Beamten auferlegte Treugelöbnis knüpfen. Die Veränderungen des Verfassungsentwurfs wurden mit den Ausschusshandlungen in zweiter Beratung gut geheißten. Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehen das Jugendfürsorge- und das Berufsvermittlungsgesetz, sowie die Landesfeuerverwaltung.

Für Schließung der Waffenfabrik Mauser.

Stuttgart, 23. Sept. Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Am 14. September wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Fabrikdirektion und der Arbeiter-Delegierten vor dem Arbeitsministerium die beabsichtigte Schließung der Mauser'schen Fabrik beraten. Von der Fabrikleitung wurde betont: „Seit Beginn der Revolution sei ein Betriebsverlust von rund 5 Millionen Mark eingetreten. Die von der Firma aufgenommene Möbel- und Werkzeugfabrikation habe sich als vollständig unrentabel erwiesen. Zur Fabrikation von Eisenbahnwagen und Lokomotiven eigne sich die Fabrik nicht; nur 2 Prozent aller kalkulierten Aufträge beläme die Fabrik und diese seien zudem noch unproduktiv. Der Waffenerzeugung ständen aber die Friedensbedingungen entgegen.“ Von Arbeitersseite wurde der Fabrik der Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig und in nicht geschickter Form den Versuch gemacht habe, den Betrieb umzustellen, sie stelle die kapitalistischen Interessen dem Gemeinwohl der Arbeiterschaft voran. Die Firmenvertreter gaben vor dem Arbeitsministerium die Erklärung ab, sie könnten ihre Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Schließung des Betriebs nicht ändern, ständen sich aber bereit, den Schließungstermin auf Mitte Oktober hinauszuschieben mit der Bedingung, daß der Angestellten- u. Arbeiterausschuß vor Ende September der Firma bestimmte Vorschläge darüber mache, wie nach Ansicht der Arbeitnehmer der Betrieb lebensfähig erhalten werden könne. Nach einem dem Arbeitsministerium vor der Sitzung eingereichten Bericht will die Firma bei der Schließung, vorausgesetzt, daß keine Gewalttätigkeiten vorkommen, allen Arbeitern ausnahmslos den Lohn auf 14 Tage weiter zahlen, ferner nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen unter grundsätzlicher Ausschließung der Ledigen an die Arbeiterschaft eine Summe verteilen, die dem Lohnbetrag von vier Wochen für die gesamte Belegschaft entspricht, endlich auf die Mietzahlung derjenigen Arbeiter, die in Mauser'schen Siedlungen wohnen, bis zum 1. Mai 1920 verzichten, falls die betreffenden Leute bis dahin keine Arbeit finden. Diese Zuwendungen würden, ungeachtet die an Meister- und Beamten, etwa 1/2 Millionen Mark ausmachen.

Mutmäßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Die Störungen lassen weiter nach, aber ihr Einfluß ist noch nicht gebrochen. Am Donnerstag und Freitag ist vielfach bewölkt, kühes, doch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Stuttgart, 23. Sept. (Pferdemarkt.) Der erste Pferdemarkt hier war gut besucht und überaus zahlreich besucht. Es waren weit über 200 Pferde zum Verkauf gestellt. Der Handel ging lebhaft. Die Preise bewegten sich für Fohlen von 2000—6000 Mark, für Arbeitspferde von 4000—10 000 Mark. Bei der Prämierung der besten verkauften Arbeits- und Zugpferde, sowie Fohlen wurde die vom Gemeinderat und Landwirtschaftl. Bezirksverein gebildete Preis-Kommission wurden 14 Preise im Gesamtbetrag von 500 Mark vergeben.

Ravensburg, 23. Sept. Vom hiesigen Stationskommandanten wurde am Samstag ein Berliner Schleißhändler 5 Benter Emmentaler Käse und 16 Pfund Butter abgenommen. Der Käse scheint schon längere Zeit versandbereit verpackt gewesen zu sein, da er zum Teil schon verschimmelt und ungenießbar geworden war. Die Butte wurde dem hiesigen Kommunalverband überwiefen.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. H. Schlager'schen Buchdruckerei, Calw.

<h3>Calwer Fiederkranz.</h3> <p>Heute abend 8 Uhr Singstunde. Am vollzähligen Erscheinen wird gebeten.</p>	<h3>Empfehle</h3> <p>Birkenwasser (Dr. Dralle), Brennesselwasser, Bayrum, Eau de Quinine, Haarbalsam, Fl. Teerseife, Zahnpasta, Kaliklora, Chlorodont, Pebecco, feine Hautcreme, Sommer-sprossengegenmittel, Puder, Parfümerien, Brillantinen, ist. Pomaden, Bartbinden, -Kämme und -Wasser, Artikel zur Nagelpflege, Stirn- und Haubennetze, Haar- u. Lockennadeln, Haar- und Zahnbürsten, Kämme und Spiegel usw.</p>
<h3>Wohnung</h3> <p>in Calw oder Hirsau von kleiner ruhiger Familie auf 1. April 1920 oder früher zu mieten gesucht. Angebote unter H. S. 90 an die Geschäftsstelle des Blattes.</p>	<h3>J. Odermatt</h3> <p>Parfümeriegeschäft, beim Bahnhof. Guterhaltene Ukkord-Zither zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe sind zu richten an Paul Schöttle, Stammheim. Ein Kinderportwagen ist zu verkaufen. Biergasse 123</p>
<h3>Fleischhack-</h3> <p>Größe 20, hat zu verkaufen. Messerschmied Stog.</p>	

Brückenwagen
mit Laufgewicht,
Schnellwagen,
Haushaltung-Waschmaschinen
empfiehlt **Gg. Wachenhuth, Biergasse.**

E. Wildbrett, Althengstett.
Homöopath u. Naturheilpraktiker gegenüber dem Bahnhof.
Behandlung sämtlicher Krankheiten wie: Magen-, Leber-, Nieren-, Herz- und Lungenleiden sowie spez. Frauenleiden jeder Art. Viebjährige Praxis. Die schnellsten und besten Erfolge werden zugesichert. Viele Dankschreiben über guten Erfolg.
Beim ersten Besuch ist der Morgenurin mitzubringen.
Sprechzeit: } Täglich vorm. 9-12 und nachm. 1-4 Uhr, ausgenommen Freitags. Sonntags 9-12 Uhr.

Überverkalkung, Schwindelanfälle,
Herzbelemmungen, Angst- und Schwächezustände
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,
Potsdamer Str. 104a.

Gechingen.
Geschäfts-Empfehlung.
Empfehle mich einer geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung in
Ausführung sämtl. Flaschner- und Installations-Arbeiten.
Gleichzeitig halte ich mein
Lager in Haushaltungs-Artikeln bestens empfohlen.
Messingpfannen. Aluminiumbräter.
Karb. jedes Quantum zum billigst. Tagespreis.
Wilhelm Härthorn,
Flascherei und Installationsgeschäft.

Anfertigen v. Herren- u. Knabenanzügen,
Wenden, Aendern und Flickern,
Anfertigen v. Damen- u. Mädchenkleidern
bei **Sedelmeier, Schneidermeister, Lederstr. 168.**

Gut erhaltenes
Pianino oder
Flügel
aus Privatband zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 33 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Bestellungen auf
Zwetschgen
nimmt entgegen.
Frau Ott, Salzgasse.

Kurzgesägtes, trockenes
Brennholz
kann sofort geliefert werden
L. Rärcher, Sägewerk, Hirsau.

Schlafzimmer-Einrichtung!
2 Bettstellen mit Polstermöbeln, 1 Waschtisch und 2 Nachttischen mit Marmorplatten in schöner Politur nebst Schrank, sehr schön erhalt., zu verkaufen
Pension Baur, neben Kurpark, Liebenzell.

Bei Kropf, dickem Hals usw. hat sich bestens bewährt
Apotheker Rathelhubers Kropfgeist
Viele Nachbestellungen!
Zahlreiche Dankschreiben!
Flasche 3.50 Mk. bei 3 Flaschen franko. Allein durch
Hofapotheke Gechingen, (Hohenzollern).

Einen guten, wachsamem
Rattenfänger
(womögl. Pfeffer-Salz-Schnauzer) zu kaufen gesucht.
Ziegler, Hotel Waldhorn.
Eine mit dem 4. Kalb hochträcht.
Milch- u. Schaff-K u h,
sowie einen Wurf schöne
Milch-Schweine
verkauft
E. Laugmann, Wöttlingen.

Wir erlauben uns zur
Besichtigung unserer
**Modellhut-
Ausstellung**
ergebenst einzuladen.
Dollinger & Spieß
vorm. C. Kleinbud.
Umformen u. Umarbeiten
älterer Hüte in kürzester Zeit
:: bei mäßigster Berechnung. ::

Ende dieser Woche eintreffend

2 Waggon Säffer
zirka 300 Stück neue u. gebrauchte,
von 20-1500 Liter, sowie bis zu 350 Köpfe fassende
Krautstanden.
Ab. Giebenrath, Küfermeister.

Kernleder-Treibriemen
fabrizieren
H. Müller & Co., Stuttgart, Ludwigsstraße 26.

Delmühle Gärtringen
empfiehlt sich zum
Schlagen sämtlicher Delfrüchte
bei höchster Ausbeute und schneller Bedienung.
Samstags wird Reps und Lein, an den übrigen Tagen nur Mohl und Bucheln geschlagen.
Wilhelm Guhl, Telefon 3

Einen jüngeren, zugfähigen
Esel
mit Geschirr zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

6 Stück 8 Wochen alte
Hasen
sind zu verkaufen.
Wo sagt die Geschäftsst. ds. Bl.
Ein guterhaltene

Oberkollbach.
Verkaufe einen 2 jährigen
**Braun-
Wallachen**
Friedrich Bäuerle, z. Hirsch.

Faß
169 Liter haltend, sowie
3 Hühner
hat zu verkaufen.
Karl Wurster, Liebenzell,
Weiberstraße 184.

Heu und Stroh
lose und gepreßt liefert jedes Quantum
Strohseilfabrik Gerabronn,
Telefon Nr. 33.

Stammheim.
Einen Wurf reine
**Milch-
Schweine**
hat zu verkaufen.
Emil Ehret, z. Köpfe

Unermüdlich
ist die Anzeige in Ihrer
Werbekraft, ständig wird
sie Ihrem Geschäft neue
:: Kunden zuführen. ::

Hochzeitseinladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 27. September 1919, in unserem Gasthaus zum „Bären“ in Stammheim stattfindenden
Hochzeits-Feier
freundschaft einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.
Adolf Krämer, Metzger,
Oberniebelsbach,
Julie Koller,
zum Bären, Stammheim.
Trauung um 1/2 12 Uhr.

Statt Karten.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 27. September 1919 stattfindenden
Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zum Löwen in Oberhaugstett freundlichst einzuladen.
Karl Koch,
Sohn des Soh. Koch, Schuhmacher in Neubulach.
Maria Reger,
Tochter des † Michael Reger, Bauer in Oberhaugstett.
Kirchgang um 1/2 11 Uhr in Oberhaugstett.

Simmozheim.
Empfehle mein reichhaltiges Lager in
kompletten Landsberger Pflügen
sowie sämtlichen Ersatzteilen,
**Eggen, Futterschneid- u. Dresch-
maschinen, Schrotmühlen, Rüben-
mühlen, Sauchepumpen,
Kreissägen.**
Ferner empfehle ich mich im

Mädchen, suche ich ein alt., treues
Mädchen
welches im Kochen und Nähen erfahren ist, findet in gutem Hause bei hohem Lohn Dauerstellung. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.
Auf 1. oder 15. Oktober sucht ein zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Haus. Beihilfe vorhanden.
Frau Medizinalrat Fricke, Nagold.
Lüchtiges
Mädchen
für kleinen Haushalt sof. gesucht.
Behrle, Pforzheim,
Lamenstraße 18.
Älteres evang.
Allein-Mädchen
in Einsam. Haus, kl. Fam. in kleinere Stadt b. Stuttgart per sofort gesucht. Guter Lohn u. Beköstigung. Angebote an
Boehlmann, Juffenhäuser,
Ulrichstraße 15.
Interessante Bücher
Verzeichnisse gratis und franko.
Altavertaa München 23,72

Mädchen
für Küche und Haus. Beihilfe vorhanden.
Frau Medizinalrat Fricke, Nagold.
**Schuhleisten,
Ausspann-
leisten,**
Teerfilz ist ein-
getroffen.
Albert Wochel,
Leberhandlung.